

HANNES RÖSLER

Europäische
Gerichtsbarkeit auf dem
Gebiet des Zivilrechts

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Beiträge zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

96

Mohr Siebeck

Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht

96

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



Hannes Rösler

Europäische Gerichtsbarkeit auf dem Gebiet des Zivilrechts

Strukturen, Entwicklungen und
Reformperspektiven des Justiz- und
Verfahrensrechts der Europäischen Union

Mohr Siebeck

Hannes Rösler, geboren 1973; Studium der Rechtswissenschaften in Marburg und London (LSE); 2003 Promotion (Marburg); 2003 Zweites Staatsexamen (Frankfurt/M.); 2004 LL.M. (Harvard); seit 2004 Wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht; 2012 Habilitation an der Universität Hamburg.

e-ISBN 978-3-16-152155-3

ISBN 978-3-16-151870-6

ISSN 0340-6709 (Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2012 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchbinderei Josef Spinner in Ottersweier gebunden.

Vorwort

Das Verhältnis zwischen mitgliedstaatlichen Einrichtungen und Unionsgerichten ist so häufig diskutiert worden, wie kaum ein anderes europarechtliches Thema. Dennoch lässt sich hierzu einiges Neues zu Tage fördern. Das vorliegende Buch über Gegenwart und Zukunft der Europäischen Gerichtsbarkeit schlägt in dreierlei Hinsicht neue Wege ein. Erstens wird die Verwirklichung des Unionsprivatrechts durch die EU-Gerichtsbarkeit und die nationalen Gerichte in den Vordergrund gestellt. Leitgesichtspunkt ist dabei die Verwirklichung des Unionsprivatrechts durch Verbesserung der Qualität, Akzeptanz und Wirkkraft des EU-Rechts im gerichtlichen Mehrebenensystem. Zweitens verbindet die Arbeit nicht nur privates und öffentliches Recht, sondern verfolgt zugleich norm- und sozialwissenschaftliche Ansätze. Eine Verknüpfung mit entwicklungsgeschichtlichen, rechtstatsächlichen, rechtsökonomischen und rechtspolitischen Forschungen ermöglicht Einblicke in die Bedingungen effektiver Privatrechtsharmonisierung. Drittens unternimmt die vorliegende Untersuchung einen Perspektivwechsel. Anstelle des Blickwinkels der europäischen Instanz wird vielfach diejenige des entscheidenden Rechtsanwenders auf einer der unteren Ebenen gewählt.

Das vorliegende Buch ist – ausgehend von einem kleineren Aufsatz aus dem Jahr 2000 – das Ergebnis von mehr als einem Jahrzehnt dauernder Überlegungen, die mich über die Fragen der Rechtsvergleichung und des Deliktsrechts sowie über das Europäische Vertragsrecht im Rahmen meiner Dissertation nun zur praktischen Rechtsdurchsetzung innerhalb der EU geführt haben. Skizzen des Projekts erfolgten während eines Studienjahres 2003/2004 an der Harvard Law School und einer kürzeren Forschungszeit an der New York University; doch erst die anschließende Aufnahme als wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht ermöglichte die vertiefte Auseinandersetzung mit dem Thema. Dabei kommt dem Forschungsklima an diesem Institut eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Darüber hinaus haben mir Vortrags- und Lehrtätigkeiten insbesondere in den neuen Mitglied- und den Beitrittskandidatenstaaten Einblick in die Durchsetzungsprobleme einer immer größer werdenden Union eröffnet. Die Arbeit wurde von der

Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg im Wintersemester 2011/2012 als Habilitationsschrift angenommen.

Großer Dank gebührt meinem Habilitationsbetreuer Prof. Dr. Dr. h.c. *Jürgen Basedow*, LL.M. (Harvard), der mir langjährig viele wertvolle Anregungen gegeben hat. Prof. Dr. *Reinhard Bork* danke ich für die freundliche Erstattung des Zweitvotums. Ebenfalls schulde ich Prof. Dr. *Armin Hatje* Dank für seine ergänzende Stellungnahme. Die Schrift wurde mit dem Förderpreis der Esche Schümann Commichau Stiftung ausgezeichnet. Für Diskussionen und die kritische Durchsicht des Manuskripts gilt mein Dank Ref. iur. *Janina Bohle*, LL.M. (LSE) und in besonderem Maße Ref. iur. *Lukas Mezger*, LL.B., der mir auch bei den Grafiken äußerst hilfreich zur Seite stand. Zu danken habe ich ferner dem großen Kreis der Kollegen. Daraus möchte ich wegen vieler fruchtbarer Diskussionen Dr. *Christian Heinze*, LL.M. (Cambridge) und Jun.-Prof. Dr. *Patrick Leyens*, LL.M. (London) hervorheben. Ebenfalls verbunden bin ich Dr. *Anatol Dutta*, M. Jur. (Oxon.), Dr. *Matteo Fornasier*, LL.M. (Yale), Dr. *Jan D. Lüttringhaus* und Prof. Dr. *Giesela Rühl*, LL.M. (Berkeley). Dank für die drucktechnische Vorbereitung des Buches schulde ich *Ingeborg Stahl*. Anders gelagerter Dank, nämlich der für lebenslange Unterstützung, gebührt *Annegret* und *Rudolf Rösler*.

Hamburg, im März 2012

Hannes Rösler

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
1. Teil: Grundlagen	1
§ 1: Ebenen und Spannungsfelder im ersten Zugriff.....	1
§ 2: Bedeutung und Funktion der Europäischen Zivilgerichtsbarkeit	4
§ 3: Zivilprozessrecht im internationalen Wandel	12
§ 4: Forschungsprogramm	21
§ 5: Gang der Darstellung.....	29
2. Teil: Sieben Kernprobleme der Europäischen Gerichtsbarkeit.....	31
§ 1: Verschiebung fachlicher Herausforderungen.....	31
§ 2: Entscheidungslast bei den Europäischen Gerichten	70
§ 3: Akzeptanz von EuGH-Entscheidungen.....	121
§ 4: Abweichende Vorlagehäufigkeit.....	165
§ 5: Asymmetrie in der Beteiligung beim Interessenvortrag.....	218
§ 6: Auf der nationalen Ebene verbleibende Verfahren	230
§ 7: Besondere Dynamiken	245
§ 8: Zusammenfassende Schlussfolgerungen.....	262
3. Teil: Reformoptionen für die Unionsgerichtsbarkeit.....	275
§ 1: Kontinuierlicher Ausbau.....	276
§ 2: Neugestaltung der Justiz- und Prozessstrukturen.....	303
§ 3: Zusammenfassung aus der Warte effektiver Zivilrechtspflege.....	419
4. Teil: Judizielle und justizielle Konvergenz in Zivilsachen.....	423
§ 1: Bedeutung weicher Strukturen auf der mitgliedstaatlichen Ebene.....	424
§ 2: Belebung der Kooperation seitens der EU-Gerichtsbarkeit.....	450
§ 3: Stärkere Vereinheitlichung des Zivilprozess- und Kollisionsrechts	477
§ 4: Résumé	502

5. Teil: Thesen	505
§ 1: Zum Status quo der Europäischen Gerichtsbarkeit	505
§ 2: Zur Fortentwicklung	506
§ 3: Zur Konvergenz in Zivilsachen	509
§ 4: Zu weiteren Forschungsaufgaben	510
Literaturverzeichnis	513
Stichwortverzeichnis	633

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXI
1. Teil: Grundlagen	1
§ 1: Ebenen und Spannungsfelder im ersten Zugriff.....	1
§ 2: Bedeutung und Funktion der Europäischen	
Zivilgerichtsbarkeit	4
I. Begrifflichkeit	4
II. Stellung des EU-Gerichtshofs.....	7
III. Zivil- und Vorlageverfahren als Grundlage für das	
Funktionieren des Binnenmarkts	9
§ 3: Zivilprozessrecht im internationalen Wandel	12
I. US-Recht als exemplarisch herangezogenes	
Referenzmodell	12
II. Stand und Stellung der Europäischen	
Prozessrechtswissenschaft	14
III. Herausforderung des US-Zivilprozessrechts aus	
europäischer Sicht	17
§ 4: Forschungsprogramm	21
I. Roter Faden: judikativer Föderalismus im Zivilrecht	21
II. Verhältnis von öffentlichem Recht und Zivilrecht.....	25
III. Schrankenüberschreitende Methodenwahl.....	27
§ 5: Gang der Darstellung.....	29
2. Teil: Sieben Kernprobleme der Europäischen	
Gerichtsbarkeit	31
§ 1: Verschiebung fachlicher Herausforderungen	31
I. Vom öffentlichen Recht zum Privatrecht.....	31
1. Ausgangslage.....	31

2. Gestaltungskraft des Marktrechts.....	37
3. EuGH als Universal- und Zivilgericht.....	41
a) Begriff und Materien des Europäischen Privat- und Verfahrensrechts	41
b) Verschiebung vom völkerrechtlichen zum privatrechtsgesellschaftlichen Integrationsmodell.....	44
c) EuGH als Universalgericht versus mitgliedstaatliche Tradition.....	45
d) Weiter steigende Bedeutung des EuGH als Zivilgericht	47
II. Ambivalenzen zwischen Legalitätskontrolle und Individualrechtsschutz.....	50
1. Besonderheiten des Zivilvorlageverfahrens im arbeitsteiligen System von Rechtsbehelfen	50
2. Zugang des Einzelnen zur EU-Gerichtsbarkeit über die anderen Verfahrensarten	55
3. Spezifika des Vorlageverfahrens gegenüber Rechtsmitteln.....	60
4. Zum Ideal der dienenden Funktion des (Zivil-)Prozessrechts.....	64
5. Zusammenfassende Schlussfolgerungen: ein Zwischenstadium.....	67
§ 2: Entscheidungslast bei den Europäischen Gerichten	70
I. Steigende Verfahrenszahlen	70
1. Quantitativer Befund.....	70
<i>Tabelle 1: Arbeitslast des EuGH seit 1953</i>	71
<i>Grafik 1: Entwicklung der Vorlagezahlen seit</i> <i>1961</i>	74
2. Ursachen	75
a) Rechtliche Umstände.....	75
aa) Entwicklung des Primärrechts	75
bb) Entwicklung des Sekundärrechts (u.a. am Beispiel des IPR).....	77
cc) Entwicklung des Tertiärrechts (selbstgenerierte Zentralisierung)	79
(1) Erweiterung der Rechtskontroll- funktion.....	79
(2) Zur Bindung nationaler Gerichte (Extremfall einer <i>Köbler</i> -Haftung)	83
(3) Explizite Erstreckung des Primär- rechts auf alle Marktbereiche	88

(4) Auslegungsbefugnis bei überschneidender Umsetzung von Zivilrechtsrichtlinien.....	89
(5) Durch neue Rechtsprechung induzierte Fragen (Inhalt und Reichweite).....	92
dd) Ausgestaltung des Vorlageverfahrens.....	93
b) Wirtschaftliche Faktoren.....	94
aa) Theorieansätze in der politischen Ökonomie: Intergouvernementalismus und Neofunktionalismus.....	94
bb) Neofunktionalistische These: Verhältnis zu grenzüberschreitender wirtschaftlicher Betätigung.....	96
cc) Kritik.....	97
dd) Ursachenbündel.....	100
3. Gesamtbewertung.....	102
II. Verfahrensdauer und effektive Zivilrechtspflege.....	104
1. Grunddilemma.....	104
2. Zusatzproblem: Verfahrensdauer in den Mitgliedstaaten.....	106
3. Analyse der Verfahrensdauer für Vorabentscheidungen.....	109
a) Entwicklung.....	109
<i>Tabelle 2: Dauer der Urteile und Beschlüsse mit Entscheidungscharakter in Monaten seit 2000</i>	110
<i>Grafik 2: Dauer der Vorabentscheidungsverfahren in Monaten (1970–2010)</i>	110
b) Nachhaltigkeit des Rückgangs.....	111
III. Sprachenvielfalt, Übersetzungen und gerichtliche Entscheidungen.....	115
1. Modell grundsätzlicher Gleichrangigkeit.....	115
2. Sprachreform beim EU-Gerichtshof.....	119
§ 3: Akzeptanz von EuGH-Entscheidungen.....	121
I. Bedeutung, Legitimation und Wirkungsweise.....	121
1. Phänomen des „majoritarian activism“.....	122
2. Zweigestufte Einwirkung auf das Zivilrecht in den Mitgliedstaaten.....	123
II. Nationale Grundsatzvorbehalte und fragiles Kooperationsverhältnis.....	126
1. Vorrang des EU-Rechts.....	126

2.	Sanktionenregime.....	132
3.	EuGH als gesetzlicher Zivilrichter.....	134
III.	Fundamentalkritik am EU-Gerichtshof.....	136
1.	Aufruf „Stoppt den EuGH“ und seine Wirkung.....	136
2.	Zur <i>Mangold</i> -Entscheidung als Kristallisationspunkt der Kritik.....	138
3.	Zur These von der Überschreitung der Kompetenzgrenzen.....	141
a)	Grundkonflikt: Gesetz und Richterspruch	141
b)	Aktivistischer Gerichtshof?	144
4.	Erweiterte Öffentlichkeit	146
5.	Neue Konfliktfelder und Rechtsprechungsaufgaben	148
a)	Politisierung.....	148
b)	Gesellschaftsrecht und Unionsrecht als Impulsgeber	149
c)	Arbeitsrecht.....	151
6.	Missverständnisse und Schranken im Zusammenspiel der Ebenen.....	154
a)	Problemaufriss	154
b)	Beispiel des Europäischen Vertragsrechts	156
c)	Ermittlung des <i>acquis</i> einerseits, vertikale Ratsuche andererseits	159
IV.	Zusammenfassende Bewertung	159
1.	Akzeptanzsichernde Maßnahmen	159
2.	Sachgerechte Balance	163
3.	Künftige institutionelle Fragestellungen	164
§ 4:	Abweichende Vorlagehäufigkeit.....	165
I.	Ausgangspunkt: Befund in absoluten Zahlen	165
	<i>Tabelle 3: Eingang von Vorlageverfahren nach Mitgliedstaaten</i>	166
II.	Umgerechnete Vorlagepraxis	167
1.	Föderaler Bezugspunkt und Methodik.....	167
2.	Alte Mitgliedstaaten.....	170
	<i>Grafik 3: Vorlageverfahren der sechs Gründungsstaaten pro 500.000 Einwohner nach Jahrzehnten (EU-6)</i>	170
	<i>Grafik 4: Vorlageverfahren der von 1973 bis 1995 beigetretenen Staaten pro 500.000 Einwohner nach Jahrzehnten</i>	172

	<i>Grafik 5: Vorlageverfahren der Gründungsstaaten und der bis 1995 beigetretenen Staaten pro 500.000 Einwohner zusammengefasst nach Jahrzehnten (EU-15).....</i>	174
3.	Neue Mitgliedstaaten	175
	<i>Grafik 6: Vorlageverfahren der 12 mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten pro 500.000 Einwohner nach Jahren (seit 2004 oder 2007)</i>	176
4.	Bewertung: Neuvermessung des Dialogs	178
	<i>Karte: Durchschnittliche Vorlageverfahren pro 500.000 Einwohner (2001–2010).....</i>	178
III.	Ursachen für unterschiedliche Vorlagefreudigkeit	179
1.	Forschungsprogramm und Methodik	179
2.	Einfluss der volkswirtschaftlichen Tätigkeit.....	180
	a) Neofunktionalistische Theorie.....	180
	b) Bewertung zum Vorliegen einer Korrelation.....	181
	<i>Grafik 7: Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (2001–2010) und Vorlageersuchen pro 500.000 Einwohner im Jahrzehnt (2001–2010)</i>	181
3.	Konnex zur Europaskepsis	182
	a) Eurobarometer	182
	<i>Grafik 8: Vertrauen in den EuGH und Vertrauen in die EU in Prozent der Bevölkerung (2007) und durchschnittliche jährliche Vorlageverfahren pro 500.000 Einwohner (2001–2010).....</i>	183
	b) Parallelen zur Beteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament?.....	184
	<i>Grafik 9: Beteiligung an den EP-Wahlen in Prozent der Bevölkerung (2009) und durchschnittliche jährliche Vorlageverfahren pro 500.000 Einwohner (2001–2010)</i>	185
	c) Parallelen zu Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten?	186
	<i>Grafik 10: Vertragsverletzungsverfahren und durchschnittliche jährliche Vorlageverfahren pro 500.000 Einwohner 2001–2010</i>	188
	d) Gesamtbewertung	189
4.	Einfluss der nationalen Rechts- und Prozessstrukturen	190

a)	Vergleich innerhalb eines Rechtskreises	191
	<i>Grafik 11: Vorlageersuchen aus Deutschland und Österreich (seit Beitritt 1995) pro 500.000 Einwohner nach Jahren</i>	
b)	Gründe für wenige Vorlagen aus Großbritannien (und Irland).....	193
aa)	Befund	193
bb)	Gebrauch der <i>acte clair</i> -Doktrin und zivilprozessuale Faktoren	195
cc)	Verständnis der Richterfunktion	199
c)	Ausgestaltung des Zivilprozessrechts und der Zivilprozessrechtspraxis	202
aa)	Grundsätzliche Bedeutung.....	202
bb)	Beispiel Frankreich.....	203
cc)	Prozesshäufigkeit: Abweichungen und Gründe	206
d)	Vorlagelethargie der neuen Mitgliedstaaten	211
5.	Zusammenfassung.....	215
§ 5:	Asymmetrie in der Beteiligung beim Interessenvortrag.....	218
I.	Ideal der Beteiligungsgleichheit	218
II.	Demokratische Bedeutung des Vorabentscheidungsverfahrens	221
III.	Sektorale Abweichungen und Gründe	223
	<i>Grafik 12: Zusammenfassend zum Nachfragemechanismus von Vorlagen</i>	
		229
§ 6:	Auf der nationalen Ebene verbleibende Verfahren	230
I.	Stellenwert	230
1.	Gleichheit der Rechtsanwendung und die Verbindung zur Rechtsidee	230
2.	Dezentrale Durchsetzung des EU-Rechts	232
3.	Verfahrensautonomie, Gleichwertigkeit und Effektivität.....	235
4.	Beachtung der Rechtsprechung des EU-Gerichtshofs.....	236
5.	Grenzüberschreitende Verfahren	239
II.	Anforderungen an den effektiven Individualrechtsschutz.....	241
§ 7:	Besondere Dynamiken.....	245
I.	Sprunghaftes Wachstum des Europarechts	245

1. Grundbefund: Bedeutung der Grundfreiheiten und neue Rechtsakte	245
2. EU-IPR und EU-IZVR: Herausforderungen und Änderungen	246
3. EU-Grundrechte (insbesondere justizielle Rechte).....	249
4. Potenzielle Rolle des (D)CFR und optionaler Instrumente	253
II. Institutionelle Dynamik	256
1. Innerinstitutionelle Auswirkungen der Erweiterungen	256
2. Kammern: Wandel zum kontinentaleuropäischen Modell.....	258
3. Erweiterung und umgerechnete Entscheidungslast pro Richter.....	260
§ 8: Zusammenfassende Schlussfolgerungen.....	262
I. Probleme der föderalen Vergerichtlichung des Unionsprivatrechts.....	262
1. Asymmetrische Beteiligung	262
2. Forschungsdesiderate.....	263
3. Unterschiedliche Perspektiven bei der dialogischen Grundkonzeption.....	265
<i>Tabelle 4: Zusammenfassend zu den Perspektiven der Gerichtsbarkeiten</i>	<i>267</i>
II. Verzögerte Krise der Zusammenarbeit: Ausbaunotwendigkeiten	268
III. Spezialisierungsnotwendigkeiten.....	272
3. Teil: Reformoptionen für die Unionsgerichtsbarkeit.....	275
§ 1 Kontinuierlicher Ausbau.....	276
I. Erste Entwicklungsstufe: Anfänge einer unabhängigen Gerichtsbarkeit	276
1. Errichtung als Verwaltungsgericht durch EGKS- Vertrag	276
a) Obligatorische Gerichtsbarkeit statt <i>ad-hoc</i> - Schiedsgericht.....	276
b) Verwaltungs- und zivilverfahrenrechtliche Einflüsse auf Vertrag und Satzung.....	278
2. Übergang zum EWG-Gericht: Kompetenz zur Auslegung des Sekundärrechts.....	281

3. Bedeutung für die Gegenwart: objektiv- rechtlicher Rechtsprechungsauftrag.....	283
II. Zweite Entwicklungsstufe: beginnende Ausdifferenzierung des Gerichtssystems	285
1. EuG: Schaffung und gegenwärtige Bedeutung (seit 1989).....	285
2. EuGöD (seit 2005) und Möglichkeit weiterer Fachgerichte	288
3. Rechtsmittelfilter beim Zugang zu EuG und EuGH	290
a) Vom EuG zum EuGH: Direktklagen.....	290
b) Vom EuG zum EuGH: Vorlageverfahren (nach Satzungsänderung).....	290
c) Vom EuGöD (und den Fachgerichten) zum EuG sowie weiter zum EuGH.....	292
d) Bewertung: zwischen Multifunktionalität und dem neuen Trend zur instanzuell gestuften Spezialisierung	294
4. Steigende Rechtsmitteleinlegung zum EuGH	296
<i>Tabelle 5: Zum EuGH eingelegte Rechtsmittel</i>	297
5. Zusammenfassend zur Ausdifferenzierung im EU-Gerichtssystem	297
<i>Tabelle 6: System ausgewählter Zuständigkeiten und Funktionen</i>	299
III. Gesamtbewertung	301
§ 2: Neugestaltung der Justiz- und Prozessstrukturen.....	303
I. Vorbemerkungen	303
1. Reformdiskussionen: Etappen und gegenwärtiger Stand	303
2. Grundlegende Weichenstellung: Zugangsbeschränkungen oder Ausbau der EU- Gerichtsbarkeit?	309
3. Leitgesichtspunkte für Reformen	310
a) Garantie der Rechtseinheit und Konsistenz des EU-Rechts	310
b) Unterschiedliche Bedeutsamkeit und Schwierigkeit der Rechtssachen	310
c) Stärkung der Parteirechte	311
II. Kleinere Modifikationen zur Verringerung der Verfahrenslast- und -dauer	312
1. Verschärfung der Zulassungsvoraussetzungen	312

a)	Rechtsprechungsentwicklung und zu fordernde Normierung.....	312
b)	Definition des vorlageberechtigten Gerichts	314
c)	Strengere Prüfung der Entscheidungserheblichkeit	314
2.	Abschwächung der Vorlagepflicht.....	315
a)	<i>Acte clair</i> -Doktrin.....	315
aa)	Theorie und Praxis des Vorlageermessens.....	315
bb)	Prozessuale Variante: vereinfachtes Verfahren.....	318
b)	Lockerung der <i>acte clair</i> -Rechtsprechung.....	319
aa)	Grundsatz- oder Divergenzfragen.....	319
bb)	Kritik	322
3.	Pflicht zur Unterbreitung eines Antwortvorschlags	324
a)	Basismodell.....	324
b)	Erweiterung: grünes- oder rotes-Licht- Verfahren	326
c)	Bewertung	327
4.	Prinzipielle anstelle konkreter Beantwortung	330
5.	Prozessuale Straffungen	332
a)	Häufigeres Absehen von mündlicher Verhandlung.....	332
b)	Verstärkter oder gänzlicher Verzicht auf Schlussanträge des Generalanwalts.....	335
6.	Größe und Zusammensetzung der Richterbank	339
III.	Weitergehende Zugangsbeschränkungen	340
1.	Vorgeschaltete Filter beim Vorlageverfahren	341
a)	Annahmeverfahren (<i>certiorari</i>) beim U.S. Supreme Court	341
b)	Vorschläge für den EU-Gerichtshof.....	344
c)	Bedenken.....	345
d)	Bewertung gerade vor dem Hintergrund US- amerikanischer Erfahrungen	347
e)	Gesamteinschätzung: Kooperationsmodell auf Nachfragebasis oder Hierarchiemodell mit „agenda setting“.....	349
2.	Beschränkung der Vorlageberechtigung auf obere Gerichte?.....	350
a)	Literaturstimmen	350
b)	Rolle der unteren und mittleren Gerichte bei den Vorlagern	350

	<i>Tabelle 7: Vorlageersuchen nach Gerichten</i>	
	(1961–2010).....	351
	c) Bewertung.....	355
	d) Einschätzung einer Variante: Einwilligungserfordernis des nationalen Obergerichts.....	360
IV.	Überantwortung von Vorabentscheidungsverfahren an das EuG (zweite Ebene).....	361
	1. Grundlagen zur Zuständigkeitsübertragung	362
	2. Argumente für eine Kammerspezialisierung.....	364
	3. Begründung für EuG-Fachkammern statt neuer Fachgerichte	366
	4. Sektorale Konzentration	368
	a) Kriterien für die Auswahl von Sachgebieten.....	368
	b) Marken-, Patent- und gesamtes Immaterialgüterrecht	370
	c) Zivilrecht, IPR und IZVR	372
	d) Wettbewerbsrecht.....	373
	e) Sonstige Bereiche (z.B. Gesellschafts-, Steuer- und Agrarrecht)	375
	5. Andere Übertragungsansätze.....	375
	a) Instanziell (allein von Untergerichten)	375
	b) Je nach Bedeutsamkeit der Rechtssache	376
	c) Vorzugswürdige gänzliche Übertragung.....	377
	6. Anzahl der Richter, deren Qualifikation und Herkunft.....	378
	a) Erhöhung der Richterzahl und der Arbeitslast am EuG.....	378
	b) Herkunft und Qualifikation.....	379
	7. Strukturelle Auswirkungen auf den EuGH.....	382
	8. Zusammenfassende Einschätzung und offene Rechtsmittelfragen	385
V.	Errichtung weiterer Unionsfachgerichte (dritte Ebene).....	387
	1. EuGöD als Sonderfall oder Vorreiter?.....	387
	2. Themenbereiche von Immaterialgüter- bis Wettbewerbsrecht.....	388
	3. Europäisches Fachgericht für Privatrecht.....	390
VI.	Schaffung neuer Gerichtstypen.....	391
	1. Europäische Patentgerichtsbarkeit	392
	a) Übereinkommensentwurf.....	392
	b) EuGH-Gutachten 1/09.....	394

c)	Einschätzung des Gutachtens 1/09 (auch hinsichtlich einer Beschränkung des Vorlagerechts).....	397
2.	Dezentralisierung: Andere Eingangsinstanzen für Vorabentscheidungen?.....	398
a)	Grundüberlegungen.....	398
b)	Unionsrechtssenate an nationalen Obergerichten oder Unionsgerichte in den Mitgliedstaaten?	399
c)	Als Regionalgerichte (US-Modell)	402
d)	Bewertung.....	403
3.	Kompetenzgerichtshof.....	407
VII.	Stärkung der Parteirechte	410
1.	Zugang zum EuGH und zur obersten nationalen Zivilinstanz im Vergleich.....	410
2.	Individualzugang zur EU-Gerichtsbarkeit (v.a. Revisionsverfahren).....	415
§ 3:	Zusammenfassung aus der Warte effektiver Zivilrechtspflege.....	419
4. Teil:	Judizielle und justizielle Konvergenz in Zivilsachen... 423	
§ 1:	Bedeutung weicher Strukturen auf der mitgliedstaatlichen Ebene.....	424
I.	Begriff und Gehalt der Rechtskultur.....	424
II.	Vergleich der juristischen Infrastrukturen mit denen der USA.....	428
III.	Beispiel: Stil der Vorlagen	431
IV.	Anforderungen an eine europäische Auslegung.....	434
1.	Rechtsmethoden	434
2.	Bedeutung der horizontalen Rechtsvergleichung.....	437
3.	Unterstützung durch Institutionen und Netzwerke	439
V.	Klärungsbedarf bei Richterleitbild und Bindungswirkung des Richterrechts	443
1.	Europäische Aufgaben und nationale Positionen.....	443
2.	Wirkungen von Vorabentscheidungen.....	447
§ 2:	Belebung der Kooperation seitens der EU- Gerichtsbarkeit	450
I.	Zu Generalklauseln: Klarheit bei der Aufgabenteilung	451
II.	Verbesserungen bei Argumentation und Methodik.....	455

1. Kritikpunkte.....	455
2. Rechtsvergleichung.....	458
3. Sondervoten?.....	462
4. Zitieren von rechtswissenschaftlichen Arbeiten?	466
III. Zur Richterschaft.....	468
1. Bestellungsverfahren	468
2. Wiederernennung, Amtsdauer, Zusammensetzung und Herkunft.....	472
IV. Erweiterung um Konventionen: Vorlagen über das UN-Kaufrecht?	475
§ 3: Stärkere Vereinheitlichung des Zivilprozess- und Kollisionsrechts	477
I. Traditionelle Prozessrechtsmodelle im Wandel	477
II. Perspektive des Unionsrechts	480
III. EU-IZVR	484
IV. Weitere Angleichung des Zivilprozessrechts.....	488
1. Andere Binnenräume im Vergleich	488
a) USA	488
b) Schweiz	490
2. Bewertung.....	491
3. EuZPO?.....	494
V. EU-IPR.....	498
§ 4: Résumé	502
5. Teil: Thesen	505
§ 1: Zum Status quo der Europäischen Gerichtsbarkeit	505
§ 2: Zur Fortentwicklung.....	506
§ 3: Zur Konvergenz in Zivilsachen	509
§ 4: Zu weiteren Forschungsaufgaben	510
Literaturverzeichnis	513
Stichwortverzeichnis.....	633

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
A.C.	Appeal Cases (Law Reports)
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
aaO	am angegebenen Ort
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
ABl.EU Nr. C	Amtsblatt der Europäischen Union – Mitteilungen und Bekanntmachungen
ABl.EU Nr. L	Amtsblatt der Europäischen Union – Gesetzgebung
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, konsolidierte Fassung ABl.EU 2010 Nr. C 83, S. 47
AG	Die Aktiengesellschaft – Zeitschrift für das gesamte Aktienwesen, für deutsches, europäisches und internationales Unternehmens- und Kapitalmarktrecht
AG	Amtsgericht
AJIL	American Journal of International Law
AJP/PJA	Aktuelle Juristische Praxis
ALI	American Law Institute
All ER	All England Law Reports
Alt.	Alternative
Am. J. Comp. L.	American Journal of Comparative Law
Am. L. Rev.	American Law Review
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
AT	Österreich
Aufl.	Auflage
AuR	Arbeit und Recht
AUR	Agrar- und Umweltrecht
AVR	Archiv des Völkerrechts
Az.	Aktenzeichen
B.U.L. Rev.	Boston University Law Review
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BE	Belgien
Beih.	Beiheft

Berkeley J. Int'l L.	Berkeley Journal of International Law
BFH	Bundesfinanzhof
BG	Bulgarien
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
Brooklyn J. Int'l L.	Brooklyn Journal of International Law
BSG	Bundessozialgericht
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
C.J.Q.	Civil Justice Quarterly
C.L.J.	Cambridge Law Journal
CA	Court of Appeal of England and Wales
Cath. U.L. Rev.	Catholic University Law Review
CCass	Cour de Cassation
CDE	Cahiers de droit européen
CEPEJ	Council of Europe/European Commission for the Efficiency of Justice (Europarat)
CFI	Court of First Instance
CFR	Common Frame of Reference
Ch.	Chapter
Chi. J. Int'l L.	Chicago Journal of International Law
CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods/UN-Übereinkommen über Verträge über den internationalen Warenkauf, BGBI. 1989 II, S. 588, 1990 II, S. 1699; Inkrafttreten BGBI. 1990 II, S. 1477
CML Rev.	Common Market Law Review
Colum. J. Eur. L.	Columbia Journal of European Law
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review
CY	Zypern
CZ	Tschechische Republik
d.h.	das heißt
DAJV Newsletter	Zeitschrift der Deutsch-Amerikanischen Juristen-Vereinigung e.V.
dasselb.	dasselbe
DB	Der Betrieb
DCFR	Draft Common Frame of Reference
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DE	Deutschland
ders.	derselbe
DG	Directorate General
dies.	dieselbe
DJT	Deutscher Juristentag

DK	Dänemark
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitung
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
E.L. Rev.	European Law Review
EAGV	Vertrag über die Europäische Atomgemeinschaft v. 25.3.1957, BGBl. 1957 II, S. 1014; konsolidierte Fassung ABl.EU 2010 Nr. C 84, S. 1
EBLR	European Business Law Review
EBLS	Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit
EBOR	European Business Organization Law Review
ECFR	European Company and Financial Law Review
ecolex	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EE	Estland
EEA	Einheitliche Europäische Akte, ABl.EG 1987 Nr. L 169, S. 1
EG	EG-Vertrag nach den Verträgen von Amsterdam und Nizza, konsolidierte Fassung ABl.EG 2002 Nr. C 325, S. 33
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSv	Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl v. 18.4.1951, BGBl. 1952 II, S. 447
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	EG-Vertrag ab Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht am 1.11.1993, ABl.EG 1992 Nr. C 191, S. 1
Einl.	Einleitung
EIPR	European Intellectual Property Review
EJIL	European Journal of International Law
EJLR	European Journal of Law Reform
EL	Griechenland
ELI	European Law Institute
ELJ	European Law Journal
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europarat), Neubekanntmachung BGBl. II 2002, S. 1054
endg.	endgültig
EnWG	Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung
EP	Europäisches Parlament
EPA	Europäisches Patentamt
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft
EPL	European Public Law
EPLA	European Patent Litigation Agreement
EPÜ	Europäisches Patentübereinkommen
ERCL	European Review of Contract Law
Erg.-Lfg.	Ergänzungslieferung
ERPL	European Review of Private Law
ES	Spanien
EU	Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union (bis zum Vertrag von Lissabon: Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften)
EuGH	Gerichtshof (als Teil des „Gerichtshofs der Europäischen Union“)

EuGöD	Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuGVO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22.12.2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl.EG 2001 Nr. L 12, S. 1, auch Brüssel I-Verordnung genannt
EuGVÜ	Brüsseler Übereinkommen vom 27.9.1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, konsolidierte Fassung ABl.EG 1998 Nr. C 27, S. 1
EUI	European University Institute
EuLF	European Legal Forum – Forum iuris communis Europae (deutsche und englische Sprachausgabe jeweils gekennzeichnet)
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union, konsolidierte Fassung ABl.EU 2010 Nr. C 83, S. 13
EuZ	Zeitschrift für Europarecht
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EVÜ	Römisches Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht v. 19.6.1980, konsolidierte Fassung ABl.EG 1998 Nr. C 27, S. 34
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft v. 25.3.1957, BGBl. 1957 II, S. 766, und zwar modifiziert durch die EEA
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
EZB	Europäische Zentralbank
F. R. App. P.	Federal Rules of Appellate Procedure
F. R. Civ. P.	Federal Rules of Civil Procedure
f., ff.	folgende
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Festschr. f.	Festschrift für
FG	Finanzgericht
FI	Finnland
Ford. Int'l L.	Fordham International Law Journal
FR	Frankreich
Fußn.	Fußnote
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GD	Generaldirektion der Europäischen Kommission
Geo. Mason L. Rev.	George Mason Law Review
GG	Grundgesetz
GmbHR	GmbH-Rundschau
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
GPÜ	Übereinkommen über das europäische Patent für den Gemeinsamen Markt (Gemeinschaftspatentübereinkommen) und Ausführungsordnung vom 21.12.1989, BGBl. 1991 II, S. 136
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union, ABl.EU 2010 Nr. C 83, S. 389

grds.	grundsätzlich
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht – Internationaler Teil
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht – Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
H.	Heft
h.M.	herrschende Meinung
HABM	Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (Marken, Muster und Modelle)
Harv. Int'l L.J.	Harvard International Law Journal
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review
Hastings Int'l & Comp. L. Rev.	Hastings International and Comparative Law Review
HdbStR	Handbuch des Staatsrechts
HessStGH	Staatsgerichtshof des Landes Hessen
HGB	Handelsgesetzbuch
HL	House of Lords
HRG	Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte
HRLJ	Human Rights Law Journal
Hrsg.	Herausgeber
HU	Ungarn
HZÜ	Haager Übereinkommens vom 15.11.1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen
i.E.	im Erscheinen
i.e.S.	im engeren Sinne
i.S.	im Sinne
i.V.m.	in Verbindung mit
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
IE	Irland
IGH	Internationaler Gerichtshof
IHR	Internationales Handelsrecht – Zeitschrift für das Recht des internationalen Warenkaufs und -vertriebs
IIC	International Review of Intellectual Property and Competition Law
Ind. J. Global Legal Stud.	Indiana Journal of Global Legal Studies
Int. Comp. L. Q.	International and Comparative Law Quarterly
Int. Enc. Comp. L.	International Encyclopedia of Comparative Law
Int. J. Const. L.	International Journal of Constitutional Law
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IR	Irish Reports
IT	Italien
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
J. Legal Stud.	Journal of Legal Studies
J. Priv. Int. L.	Journal of Private International Law
JA	Juristische Arbeitsblätter

JBl.	Juristische Blätter
JCMS	Journal of Common Market Studies
JCP	Journal of Consumer Policy
JETL	Journal of European Tort Law
JITE	Journal of Institutional and Theoretical Economics
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, neue Folge
JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
K&R	Kommunikation & Recht
Kap.	Kapitel
KapMuG	Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz
KJ	Kritische Justiz
KOM	Legislativvorschläge und sonstige Mitteilungen der Europäischen Kommission an den Rat und/oder die anderen Organe sowie die entsprechenden vorbereitenden Dokumente
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
L.Q.R.	Law Quarterly Review
LAG	Landesarbeitsgericht
Law & Soc. Inquiry	Law and Social Inquiry
Lfg.	Lieferung
LG	Landgericht
LMK	Lindenmaier-Möhring – Kommentierte BGH-Rechtsprechung
Losebl.-Slg.	Loseblattsammlung
LT	Litauen
LU	Luxemburg
LV	Lettland
M.	Main
m. w. Beisp.	mit weiteren Beispielen
m. w. Nachw.	mit weiteren Nachweisen
M.L.R.	Modern Law Review
MDR	Monatsschrift Deutsches Recht
Mich. J. Int'l L	Michigan Journal of International Law
Mich. L. Rev.	Michigan Law Review
MJ	Maastricht Journal of European and Comparative Law
MMR	Multimedia und Recht
MPI	Max-Planck-Institut
MT	Malta
n.F.	neue Fassung
N.Y.U. J. Int'l L. & Pol.	New York University Journal of International Law and Politics
N.Y.U. J. Legis. & Pub. Pol'y	New York University Journal of Legislation and Public Policy
Nachdr.	Nachdruck
NGO	Non-Governmental Organisation
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NL	Niederlande
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
o.V.	ohne Verfasser

OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
OLG	Oberlandesgericht
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries
ORDO	Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft
Ox. JLS	Oxford Journal of Legal Studies
PECL	Principles of European Contract Law
Penn St. Int'l L. Rev.	Penn State International Law Review
PL	Polen
PT	Portugal
QJE	Quarterly Journal of Economics
R.I.D.C.	Revue internationale de droit comparé
Rabelsz	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rdnr.	Randnummer
Red.	Redaktion
Rev. Int. Org.	Review of International Organizations
Rev. dr. int. et dr. comp.	Revue de droit international et de droit comparé
RheinZ	Rheinische Zeitschrift für Zivilrecht und Prozeß
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RiWG	Richterwahlgesetz
RJ	Rechtshistorisches Journal
RO	Rumänien
Rom I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.6.2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I), ABl.EU 2008 Nr. L 177, S. 6
Rom II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.7.2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom II), ABl.EU 2007 Nr. L 199, S. 40
Rs.	Rechtssache
RsprEinhG	Gesetz zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes
RTD Com.	Revue trimestrielle de droit commercial et de droit économique
RTDE	Revue trimestrielle de droit européen
RuP	Recht und Politik
S.	Seite/Satz
s.	siehe
S.I.	Statutory Instruments
Satzung des Gerichtshofs	Protokoll Nr. 3 zum Vertrag von Lissabon über die Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union, ABl.EU 2010 Nr. C 83, S. 210
SE	Schweden
SEC	Dokument des Sekretariats der Kommission
SI	Slowenien
SK	Slowakei
Slg.	Sammlung
Sp.	Spalte
Stan. L. Rev.	Stanford Law Review

SubsProt	Protokoll Nr. 2 zum Vertrag von Lissabon über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit, ABl.EU 2010 Nr. C 83, S. 206
Sup. Ct. Rev.	Supreme Court Review
Syd. L. Rev.	University of Sydney Law Review
Syracuse J. Int'l L. & Com.	Syracuse Journal of International Law and Commerce
SZ	Süddeutsche Zeitung
Teilbd.	Teilband
Tex. Int'l L.J.	Texas International Law Journal
Tex. L. Rev.	Texas Law Review
Tul. Eur. & Civ. L.F.	Tulane European and Civil Law Forum
Tul. L. Rev.	Tulane Law Review
TzBfG	Teilzeit- und Befristungsgesetz
U. Chi. L. Rev.	University of Chicago Law Review
U. Miami Int'l & Comp. L. Rev.	University of Miami International and Comparative Law Review
U. Pa. J. Int'l L.	University of Pennsylvania Journal of International Law
U. Pitt. L. Rev.	University of Pittsburgh Law Review
u.a.	unter anderem/und andere
u.Ä.	und Ähnliches
U.S.C.	United States Code
usw.	und so weiter
u.U.	unter Umständen
UAbs.	Unterabsatz
UCC	Uniform Commercial Code
ÜGA	Abkommen zwischen den EFTA-Staaten über die Errichtung einer EFTA-Überwachungsbehörde und eines EFTA-Gerichtshofs
UK	Vereinigtes Königreich
UKHL	United Kingdom House of Lords
UKlaG	Gesetz über Unterlassungsklagen bei Verbraucherrechts- und anderen Verstößen
UKSC	Supreme Court of the United Kingdom
UN	United Nations
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
UNIDROIT	International Institute for the Unification of Private Law/Institut International pour l'Unification du Droit Privé
Unif. L. Rev.	Uniform Law Review/Revue de Droit Uniforme
UN	United Nations
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	von/vom
Va. L. Rev.	Virginia Law Review
verb. Rs.	verbundene Rechtssache
VerfO-EuG	Verfahrensordnung des Gerichts, konsolidierte Fassung ABl.EU 2010 Nr. C 177, S. 37; zuletzt geändert durch ABl.EU 2011 Nr. L 162, S. 18
VerfO-EuGH	Verfahrensordnung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften, konsolidierte Fassung ABl.EU 2010 Nr. C 177, S. 1; zuletzt geändert durch ABl.EU 2011 Nr. L 162, S. 17
VerfO-EuGöD	Verfahrensordnung des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union, konsolidierte Fassung ABl.EU 2010 Nr. C 177, S. 71; zuletzt geändert durch ABl.EU 2011 Nr. L 162, S. 19

VersR	Versicherungsrecht
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	Volume
VuR	Verbraucher und Recht
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VVE	Entwurf eines Vertrages über eine Verfassung für Europa, ABl.EU 2004 Nr. C 310, S. 1
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
W.L.R.	Weekly Law Reports
wbl	Wirtschaftsrechtliche Blätter – Zeitschrift für österreichisches und europäisches Wirtschaftsrecht
Wis. L. Rev.	Wisconsin Law Review
WM	Wertpapiermitteilungen, Teil 4: Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WTO	World Trade Organization
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge v. 23.5.1969
Yale L.J.	Yale Law Journal
YEL	Yearbook of European Law
z.B.	zum Beispiel
z.Z.	zur Zeit
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
ZESAR	Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZfP	Zeitschrift für Politik
ZfRSoz	Zeitschrift für Rechtssoziologie
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZNR	Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRG Germ. Abt.	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte – Germanistische Abteilung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZPInt.	Zeitschrift für Zivilprozess International – Jahrbuch des internationalen Zivilprozessrechts